

## Amerikanische Außenpolitik unter George W. Bush

Im Wahlkampf zwischen George W. Bush und Albert Gore traten die Unterschiede zwischen den zwei wichtigsten außenpolitischen „Denkschulen“ deutlich zutage: zwischen konservativem und liberalem Internationalismus. Doch die Auseinandersetzungen um einen eher multilateralen oder einen eher unilateralen Ansatz, um die Rolle militärischer Interventionen oder die Bedeutung neuer globaler Herausforderungen verdecken allzu leicht, dass in der tatsächlich betriebenen amerikanischen Außenpolitik die Differenzen zwischen beiden Strömungen beträchtlich schrumpfen. Amerikanische Außenpolitik – das zeigte sich in den Clinton-Jahren sehr deutlich – hat eine strukturell bedingte Tendenz zu unilateralen Strategien und setzt dabei weiterhin stark auf militärische Macht.<sup>1</sup> Dies hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen ist der unilaterale Impuls durch die im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien einzigartig gewichtige und partiell weiter wachsende Rolle des Kongresses in der Außenpolitik geradezu institutionalisiert. Die Souveränitätseinbuße durch Einordnung in multilaterale Verfahren erscheint vor allem dem konservativen Teil eines auf größere Mitsprache pochenden Kongresses als Einschränkung eigener Kontrollmöglichkeiten. Zum anderen entwickelten sich die USA im Laufe des Kalten Krieges ideologisch und institutionell zu einem „Sicherheitsstaat“, in dem die Vertreter einer bedrohungsgeleiteten, stark auf militärische Mittel setzenden und den USA die Rolle der globalen, die Stabilität des internationalen Systems sichernden Führungsmacht zuweisenden Außenpolitik eine privilegierte Position gewonnen haben.

In den ersten Monaten nach dem Amtsantritt von Präsident Bush schien es, als ob sich die Tendenz zu einer realpolitisch verengten, stärker militarisierten und weiter in den Unilateralismus abdriftenden Weltpolitik verstärken würde. Vor allem die ausgeprägte Skepsis gegenüber vertraglicher Rüstungskontrolle, der Verzicht auf eine baldige Wiederaufnahme der Raketenverhandlungen mit Nordkorea und die Ablehnung des Kyoto-Protokolls über die Reduzierung der Treibhausgase riefen unter den Verbündeten Besorgnis über den Kurs der neuen Regierung hervor. Doch noch war der von Präsident Bush angekündigte „distinctly American internationalism“<sup>2</sup> eher vage Leitlinie als ausgefeiltes Konzept. Konflikte zwischen dem eher moderaten und dem ausgesprochen konservativen Flügel innerhalb der Regierung zeichneten sich früh ab.

### Eine militarisierte, unilateral orientierte „Realpolitik“?

Die idealistischen Elemente der amerikanischen Außenpolitik – Menschenrechte und Demokratieförderung – spielen in den programmatischen Stellungnahmen der neuen Regierung eine auffallend geringe Rolle.<sup>3</sup> Leitend ist ein traditioneller Sicherheitsbegriff, der auf die Beziehungen zwischen den großen Mächten und die Bedrohung durch

---

1 Zur näheren Begründung dieser These vgl. Peter Rudolf: Amerikanische Außenpolitik im Spannungsverhältnis von hegemonialen Ansprüchen und innenpolitischen Restriktionen. In: Jens van Scherpenberg, Peter Schmidt (Hg.): Stabilität und Kooperation: Aufgaben internationaler Ordnungspolitik. Baden-Baden 2000, S. 217–233

2 Vgl. die Rede von George W. Bush: A Distinctly American Internationalism. Ronald Reagan Presidential Library, Simi Valley, California, 19.11.1999 <<http://www.georgewbush.com>>

3 Zu den konzeptionellen Vorstellungen vgl. Condoleeza Rice: Promoting the National Interest. In: Foreign Affairs, 79, Januar/Februar 2000, S. 45–62

Massenvernichtungswaffen in den Händen von Diktatoren in „rogue nations“ abstellt.<sup>4</sup> Militärische Macht ist für dieses Denken nach wie vor zentral.

Doch dies bedeutet nicht notwendigerweise eine verstärkte Militarisierung amerikanischer Außenpolitik, wie sie von Kritikern bereits in den Jahren der Regierung Clinton beklagt wurde. Zumindest wurde unter einem anfänglich interventionsscheuen Präsidenten die Einflussnahme auf interne Prozesse anderer Länder und die Durchsetzung politischer Veränderungen auf dem Wege militärischer Drohungen („coercive diplomacy“) zum Markenzeichen amerikanischer Interventionspolitik.<sup>5</sup> Die amerikanische Außenpolitik löste sich in den neunziger Jahren von der „Weinberger-Powell-Doktrin“, nach der die amerikanischen Streitkräfte als letztes Mittel nur dann eingesetzt werden sollten, wenn Interessen von überragender Bedeutung für die Sicherheit und Lebensfähigkeit der USA auf dem Spiel stehen und die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit gesichert ist.

Die neue Regierung ist, wie die Auseinandersetzung um die Frage militärischer Interventionen im Wahlkampf zeigte, eher der „Weinberger-Powell-Doktrin“ verhaftet. Doch es bleibt abzuwarten, ob und wie sich die Vorstellungen von Colin Powell in seinem neuen Amt ändern werden, in welchem er weit mehr den Glaubwürdigkeitszwängen und Handlungsimperativen amerikanischer Weltmachtspolitik ausgesetzt ist als im früheren militärischen Amt. Im Übrigen: Nimmt man frühere Äußerungen als Maßstab, dann scheint Verteidigungsminister Rumsfeld kein Anhänger der Powell-Doktrin zu sein, sondern dem begrenzten Einsatz von Luftstreitkräften nicht abgeneigt zu sein.<sup>6</sup> Und Rumsfelds Stellvertreter Paul D. Wolfowitz hat in der Vergangenheit eine ausgesprochen interventionistische Politik befürwortet. Die Frage, wann und wie amerikanische Streitkräfte eingesetzt werden sollen, wird die Regierung Bush vor schwierige und kontroverse Entscheidungen stellen. Denn die konservative außenpolitische Elite ist zutiefst gespalten in der Frage, ob die USA aus Gründen der Glaubwürdigkeit und der einer Supermacht obliegenden Verpflichtungen auch dann intervenieren sollen, wenn keine „vitalen“ nationalen Interessen berührt sind.

Die Befürchtung einer intensivierten Militarisierung ist – im Vergleich zur Politik unter Clinton – auch unter einem zweiten Aspekt vorerst übertrieben: hinsichtlich der Erhöhung der Militärausgaben. Bereits in den letzten beiden Jahren der Regierung Clinton stiegen die Verteidigungsausgaben wieder an. Im Wahlkampf – das wird meist übersehen – hatte Al Gore eine weit umfangreichere Erhöhung der Verteidigungsausgaben versprochen als sein Gegenkandidat Bush. Bush wünscht im nächsten Haushaltsjahr nur einen eher bescheidenen Anstieg der Verteidigungsausgaben. Steuersenkungen und Erhöhung der Bildungsausgaben haben für Präsident Bush zunächst Vorrang.<sup>7</sup>

Bevor Geld für neue Waffensysteme fließt, sollen Struktur und Aufgaben der Streitkräfte unter Federführung des langjährigen „Adviser to the Secretary of Defense for Net Assessment“, Andrew W. Marshall, überprüft und neu bestimmt werden. Unter Bush scheint er mit seinen für die Militärbükratie zum Teil provozierend innovativen Vorstellungen größeres Gehör zu finden als unter Clinton: nämlich Neustrukturierung der amerikanischen

---

4 Address of the President to the Joint Session of Congress, 27.2.2001  
<<http://www.whitehouse.gov/news/releases/2001/02/20010228.html>>

5 Im Einzelnen vgl. Peter Rudolf: Friedenserhaltung und Friedenserzwingungen: Militärinterventionen in der amerikanischen Außenpolitik. In: Peter Rudolf, Jürgen Wilzewski (Hg.): Weltmacht ohne Gegner. Amerikanische Außenpolitik zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Baden-Baden 2000, S. 297–334

6 Vgl. Thomas E. Ricks: Rumsfeld, Bush Agendas Overlap Little. In: The Washington Post, 11.1.2001, S. A4

7 Vgl. James Kitfield: A Small Study Carries a Heavy Burden. In: National Journal, 3.3.2001, S. 644–646

Streitkräfte – weg von den verwundbarer werdenden überkommenen Waffensystemen wie Panzer und Flugzeugträger hin zu weit reichenden Präzisionswaffen (Stichwort: „revolution in military affairs“) – und verstärkte Ausrichtung auf die pazifische Region.<sup>8</sup>

Die Annahme, dass Asien und nicht Europa in den nächsten Jahrzehnten der Schauplatz militärischer Rivalitäten ist, findet weithin Anklang in der „strategic community“.<sup>9</sup> Die möglichen Verwerfungen auf der koreanischen Halbinsel und vor allem der weithin erwartete, aber keineswegs sichere Aufstieg Chinas werden zu einer Schwerpunktverlagerung amerikanischer Sicherheitspolitik führen.

Gerade Konservative in den USA möchten sich nicht darauf verlassen, dass die „engagement“-Politik tatsächlich zu dem erhofften inneren Wandel Chinas mit segensreichen außenpolitischen Folgen führt. Gerechnet wird damit, dass China in den nächsten 15 Jahren zu einem ernst zu nehmenden regionalen Rivalen in der pazifischen Region heranwächst. Bereits die Politik unter Clinton ließ sich als eine Mischung aus „engage and hedge“, aus wirtschaftlicher Einbindung und militärischer Eindämmung, bezeichnen;<sup>10</sup> unter Präsidenten Bush wird das zweite Element ausgeprägter sein.

Die „Spionageflugzeug-Krise“ im Südchinesischen Meer war für diejenigen Konservativen, die auf eine Neuorientierung der Chinapolitik drängen, geradezu ein Geschenk zur rechten Zeit, stärkte sie doch ihre Position in der Debatte um die Lieferung von Waffensystemen an Taiwan. Auch wenn der Präsident eine zentrale Forderung der Konservativen in seiner Partei nicht erfüllte, nämlich die Lieferung von Aegis-Raketenabwehrkreuzern zu genehmigen, handelt es sich um das größte Rüstungspaket seit fast einem Jahrzehnt. Nach wie vor gilt offiziell zwar die traditionelle Politik „strategischer Ambiguität“ – nämlich erklärtes amerikanisches Interesse an der Sicherheit Taiwans, aber keine ausdrückliche Verpflichtung zum militärischen Beistand. Doch die später in ihrer Bedeutung heruntergespielte Äußerung von Präsident Bush, daß die USA alles notwendige, den Einsatz amerikanischer Streitkräfte eingeschlossen, tun würden, um Taiwan bei der Verteidigung zu helfen, spiegelt aufs deutlichste das Unbehagen vieler Konservativer mit der bisherigen Politik „strategischer Ambiguität“.<sup>11</sup>

Sicher ist jedoch – und das weckt gewiss auch die Befürchtung einer Militarisierung amerikanischer Außenpolitik –, dass vertragliche Rüstungskontrolle unter der Bush-Administration bestenfalls eine marginale Rolle spielen wird. Denn aus der in der Administration tonangebenden konservativen Sicht fesseln Rüstungskontrollverträge die USA in gefährlicher Weise, können aber entschlossene „Schurkenstaaten“ nicht an der Entwicklung von Massenvernichtungswaffen hindern. Doch nicht übersehen werden sollte: Rüstungskontrolle als Instrument der Nichtverbreitungspolitik hat, wie das Scheitern der Ratifizierung des „Comprehensive Test Ban Treaty“ (CTBT) deutlich machte, längst die frühere außenpolitische Bedeutung und den einstigen innenpolitischen Rückhalt verloren.<sup>12</sup>

---

8 Vgl. Thomas E. Ricks: Pentagon Study May Bring Big Shake-Up. In: The Washington Post, 9.2.2001, S. A1. Thomas E. Ricks: Rumsfeld Outlines Defense Overhaul. In: The Washington Post, 23.3.2001, S. A1

9 Vgl. Thomas E. Ricks: For Pentagon, Asia Moving to Forefront. In: The Washington Post, 26.5.2000, S. A1. Vgl. auch die Beurteilung des zuständigen Deputy Assistant Secretary of Defense für Asien und den Pazifik von 1995 bis 2000, Kurt M. Campbell: U.S. Policy Toward Asia. In: Far Eastern Economic Review, 25.1.2001

10 Vgl. Zalmay Khalilzad u.a.: The United States and a Rising China. Strategic and Military Implications. Santa Monica 1999

11 Vgl. Steven Mufson: U.S. Taiwan Policy Hits New Level of Ambiguity. In: The Washington Post, 27.4.2001, S. A20

12 Vgl. Oliver Thränert: Rüstungskontrolle und Alleingang. Die globale Nichtverbreitungspolitik der USA. In: Peter Rudolf, Jürgen Wilzewski (Hg.): Weltmacht ohne Gegner, S. 269–296

Gerade auch das Scheitern der CTBT-Ratifizierung im amerikanischen Senat hatte dem Eindruck eines zunehmenden Unilateralismus in der amerikanischen Außenpolitik Nahrung gegeben. Wird sich dieser Trend verstärken? Zunächst sei daran erinnert: Die ambivalente Haltung gegenüber internationalen Institutionen – Nutzung zugunsten eigener Interessen, aber möglichst keine Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit – ist in der politischen Kultur und im politischen System der USA tief verwurzelt.<sup>13</sup> Dies ist eine Konstante amerikanischer Außenpolitik, die durch den Kongress verstärkt wird.

Doch zumindest die Finanzkrise im Verhältnis zu den Vereinten Nationen schien vor Amtsantritt der neuen Regierung überwunden zu sein. Bush erbt von seinem Vorgänger eine Vereinbarung über die amerikanischen Beiträge zu den Vereinten Nationen, deren Verwirklichung allerdings nach dem „Rauswurf“ der USA aus der UNO-Menschenrechtskommission im Frühjahr 2001 gefährdet war. Diese Vereinbarung hatte auch den schärfsten UNO-Kritiker im Kongress, Senator Jesse Helms, zufriedengestellt. Die Bereitschaft von Helms, diese Einigung zu akzeptieren, bedeutet jedoch keinen plötzlichen Sinneswandel zu einem Multilateralismus, der über die bloße instrumentelle Nutzung der Vereinten Nationen im Sinne nationaler Interessen der USA hinausginge. Weiterhin wird der Internationale Strafgerichtshof abgelehnt, der, so Helms und andere Konservative, „souveräne Autorität“ über amerikanische Bürger beansprucht.<sup>14</sup> Die scheidende Clinton-Regierung unterzeichnete zwar gegen den Widerstand des Pentagons und der konservativen Republikaner im Kongress noch den Vertrag über die Errichtung des Strafgerichtshofes. Damit sollte den USA die Möglichkeit bewahrt werden, in weiteren Verhandlungen Struktur und Verfahren des Gerichtes zu beeinflussen und, wie es Clinton ausdrückte, die „Tradition moralischer Führung“ aufrechtzuerhalten.<sup>15</sup> Doch eine Ratifizierung ist nicht zu erwarten. Jesse Helms hat den Widerstand gegen den Strafgerichtshof – und damit den Schutz amerikanischer Soldaten vor, wie befürchtet wird, ideologisch motivierten Anklagen – zu einer seiner außenpolitischen Prioritäten erklärt. Bush ließ sogleich verkünden, dass der Vertrag in der vorliegenden Form dem Senat nicht zur Ratifizierung zugeleitet, sondern vielmehr nach Amtsantritt überprüft werde.<sup>16</sup>

### **Ja, aber wie? Die Raketenverteidigung**

Der Aufbau einer Raketenverteidigung war das zentrale sicherheitspolitische Wahlversprechen von George W. Bush.<sup>17</sup> Doch wirklich gewiss war zu Amtsantritt von Präsident Bush nur, dass die Raketenverteidigung vorangetrieben werden sollte. Offen blieb

---

13 Vgl. Edward C. Luck: *Mixed Messages. American Politics and International Organization 1919–1999*. Washington, D.C. 1999

14 Jesse Helms: *American Sovereignty and the UN*. In: *The National Interest*, Winter 2000/2001, No. 62 <[www.nationalinterest.org](http://www.nationalinterest.org)>

15 Vgl. Steven Lee Myers: *U.S. Signs Treaty for World Court to Try Atrocities*. In: *The New York Times on the Web*, 1.1.2000

16 Vgl. Thomas E. Ricks: *U.S. Signs Treaty on War Crimes Tribunal*. In: *The Washington Post*, 2.1.2001, S. A1. Bush Aides Says Pact on Global Tribunal Faces New Review. In: *The New York Times on the Web*, 3.1.2001

17 „At the earliest possible date, my administration will deploy anti-ballistic missile systems, both theater and national, to guard against attack and blackmail.“ George W. Bush: *A Period of Consequences*. The Citadel, 23.9.1999 <<http://www.georgewbush.com>>

jedoch, auf welche der grundlegenden strategisch-technologischen Optionen die Regierung Bush dabei vorrangig setzen wollte.<sup>18</sup>

Als erste Option bietet sich die Fortsetzung des Raketenabwehrprojekts der Clinton-Regierung an, nämlich die Stationierung von 100 Abfangraketen in Alaska. Bei einer frühen Entscheidung für diese Option könnten 2002 die ersten Abfangraketen stationiert werden, könnte das System 2006 einsatzbereit sein. Bush hatte das Clinton-Programm im Wahlkampf kritisiert, da ein solches National-Missile-Defense (NMD)-System keinen Schutz für die Verbündeten biete. Eine Abkehr von der unter Clinton verfolgten Option würde jedoch bei jenen Republikanern im Kongress Unmut hervorrufen, die auf einen möglichst schnellen Aufbau von Raketenverteidigungssystemen drängen und argumentieren, das bodengestützte System könne später noch um see- und weltraumgestützte Systeme ergänzt werden.<sup>19</sup>

Die zweite Option wäre der Aufbau so genannter „boost phase“-Abwehrsysteme, die Raketen unmittelbar nach dem Start vernichten sollen, wenn noch keine Stör- und Täuschkörper beziehungsweise eine Vielzahl von Gefechtsköpfen freigesetzt worden sind. Die Clinton-Regierung hatte der bodengestützten Option mit der Begründung den Vorrang gegeben, dass die technologischen Herausforderungen seegestützter „boost phase“-Systeme weit größer seien und eine Stationierung im Hinblick auf die sich abzeichnenden Bedrohungen zu spät käme.<sup>20</sup> Unter den Beratern von Bush, das war im Wahlkampf deutlich geworden, bestand eine Neigung zu „boost phase“-Systemen, die auf dem Aegis-Kreuzer-verteidigungssystem aufbauen würden.

Flexibilität und damit auch die Möglichkeit des Schutzes Verbündeter gelten als Vorteile seegestützter Systeme. Ihre technologischen Probleme und finanziellen Aufwendungen werden von den Befürwortern, wie es scheint, unterschätzt.<sup>21</sup> Da aufsteigende Raketen innerhalb von nicht einmal vier Minuten abgefangen werden müssten, was faktisch eine sofortige, automatische Reaktion erfordert, würde eine Stationierung in Nähe der Raketenbasen eines potenziellen Gegners notwendig. Im Falle Nordkoreas wäre dies wohl zu realisieren, etwa auf Schiffen im Japanischen Meer. Bei einem Staat wie dem Iran, der seine Raketen aus dem entlegenen Landesinneren abfeuern könnte, wäre die Raketenabwehr mit seegestützten Systemen allein vermutlich nicht möglich. An luftgestützten Systemen wird zwar gearbeitet, doch die technischen Probleme sind nicht gelöst. Landgestützte „boost phase“-Systeme sind noch nicht in der Entwicklung; sie müssten jedoch, sollen sie der Abwehr irakischer oder iranischer Raketen dienen, auf fremdem, an diese Staaten angrenzendem Territorium stationiert werden.

Ein solches System böte – so argumentieren Rüstungskontrollbefürworter außerhalb der Regierung – die Chance, die negativen Auswirkungen auf die amerikanisch-russische Sicherheitszusammenarbeit und vielleicht auch die chinesische Befürchtung zu verringern, ein funktionierendes amerikanisches Raketenverteidigungssystem werde die eigene

---

18 Zur Analyse der Optionen vgl. Greg Jaffe, Anne Marie Squeo: Missile-Defense Project Race Begins As Groups Vie For Lucrative Contracts. In: The Wall Street Journal, 30.1.2001. Vgl. auch Carla Anne Robbins: Exact Target Of Missile-Defense System Being Pushed By Bush Is Still Unclear. In: The Wall Street Journal, 9.2.2001, S. 1. Robert Suro: Missile Defense Is Still Just a Pie in the the Sky. In: The Washington Post, 12.2.2001, S. A1

19 Vgl. Paul Richter: Proponents Of Missile Shield Split On Bush Plan. In: Los Angeles Times, 5.2.2001, S. 1

20 Vgl. Walter B. Slocombe: The Administration's Approach. In: The Washington Quarterly, 23, Sommer 2000, S. 79–85. Slocombe war Under Secretary of Defense for Policy unter Clinton.

21 Vgl. Rodney W. Jones: Taking National Missile Defense to Sea. A Critique of Sea-Based and Boost-Phase Proposals. Council for a Livable World Education Fund, 10/2000. Tom Bielefeld, Götz Neuneck: US-Raketenabwehr. Zurück zum globalen Schutzschild? In: Wissenschaft und Frieden, 1/01, S. 7–11

Abschreckungsfähigkeit gefährden.<sup>22</sup> Nach optimistischer Erwartung würde sich die Möglichkeit eröffnen, in Zusammenarbeit mit Russland ein „boost-phase“-System aufzubauen, das unzweideutig gegen die Bedrohung durch Raketen in Staaten wie dem Iran, dem Irak und Nordkorea gerichtet wäre.

Es würde jedoch keinen Schutz gegen „accidental launches“ russischer oder chinesischer Raketen bieten, ja eine Entscheidung für ein reines „boost-phase“-System würde beinhalten, dass die Neutralisierung der chinesischen Nuklearwaffen nicht beabsichtigt wäre. Da jedoch die chinesischen Nuklearwaffen gerade unter Republikanern im Kongress als wachsende Bedrohung angesehen werden – und im Wahlkampf hatte auch Bush die nukleare Bedrohung durch China angesprochen –, wäre ein reines „boost phase“-System politisch höchst kontrovers. Zwar hat Außenminister Powell, wie zuvor die Regierung Clinton, erklärt, die geplante Raketenabwehr richte sich nicht gegen China. Doch innerhalb der Regierung gibt es auch Stimmen, die es für nützlich halten, wenn ein künftiges System auch die Fähigkeit zur Abwehr chinesischer Raketen hätte.<sup>23</sup>

Die „boost phase“-Option würde die Errichtung einer Raketenverteidigung auf jeden Fall verzögern; wahrscheinlich wäre nicht vor 2010 mit der Möglichkeit der Stationierung solcher Systeme zu rechnen. Noch weiter in der Zukunft – und zwar um Jahrzehnte – würde die Verwirklichung der dritten Option liegen, die Errichtung eines weltraumgestützten Laserabwehrsystems.

Bis zu den nächsten Wahlen im Jahre 2004 sollen trotz aller ungelösten technologischen Probleme Abwehrsysteme – offenbar einige Abfangraketen in Alaska und seegestützte Systeme – stationiert werden, auch wenn deren Fähigkeiten nur sehr begrenzt sein werden. Doch politisch geht es bei diesem inkrementellen Ansatz darum, dem Raketenabwehrprojekt eine unaufhaltsame Dynamik zu verleihen. Denn jenes von NMD-Enthusiasten in der Republikanischen Partei favorisierte gestaffelte Verteidigungssystem mit boden-, see-, luft- und weltraumgestützten Komponenten, das langfristig auch der Bush-Administration vorzuschweben scheint,<sup>24</sup> ist wegen seiner finanziellen und außenpolitischen Kosten im amerikanischen Kongreß überaus strittig. Nach dem im Mai 2001 erfolgten Mehrheitsverlust der Republikanischen Partei im Senat sind mit Senator Carl Levin, dem neuen Vorsitzenden des Streitkräfteausschusses, und Senator Joseph R. Biden, dem neuen Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses, Kritiker des Raketenabwehrprogramms in Schaltstellen gerückt.

Die Führung der Demokraten im Senat hat den Präsidenten mit deutlichen Worten davor gewarnt, den Anti-Ballistic-Missile (ABM)-Vertrag preiszugeben, der der Regierung als anachronistisch und als Fessel für das Raketenabwehrprojekt gilt. Sie nahm mit Moskau Gespräche über die Aufhebung der Beschränkungen für die Entwicklung und den Test von Raketenabwehrwaffen auf, damit die Vereinigten Staaten ungehindert alle technologischen Optionen erkunden können. Gleichzeitig machte die Regierung Bush deutlich, daß sie

---

22 So könnten Abfangraketen zur Abwehr nordkoreanischer Raketen etwa in der Region um Wladiwostok stationiert werden, zur Abwehr iranischer Raketen in der Türkei oder in Ascherbeidschan. Vgl. Theodore Postol: Hitting Them Where It Works. In: Foreign Policy, Winter 1999–2000, S. 132–133. Richard L. Garwin: A Defense that Will Not Defend. In: The Washington Quarterly 23, Sommer 2000, S. 109–213

23 Nur leicht verklausuliert drückte sich diese Auffassung in einer Äußerung von Verteidigungsminister Rumsfeld aus: „I don't believe that anyone can make a case that missile defense is a particular problem to China. On the other hand, if some country decided it wanted to be aggressive to its neighbours and acquire additional territory by force, then having a missile defense system is not a bad idea, it seems to me.“ Zitiert nach Michael R. Gordon: Bush Is Due to Meet Chinese on Crucial Issues. In: The New York Times on the Web, 19.3.2001

24 Vgl. etwa Deputy Secretary of Defense Paul Wolfowitz: Prepared Testimony on Ballistic Missile Defense to the Senate Armed Services Committee, 12.7.2001 <<http://www.defenselink.mil/speeches/2001/s200010712-depsecdef.html>>

einseitig den Vertrag aufkündigen würde, käme es zu keiner Einigung.<sup>25</sup> Doch ein solcher Ausstieg aus dem Vertrag wäre angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Senat politisch riskant – nicht zuletzt, weil sich dann die verfassungsrechtlich brisante Frage stellen würde, ob der Präsident das Recht hat, einen Vertrag ohne die Mitsprache des Senats aufzukündigen.<sup>26</sup>

### **Unilaterale Abrüstung statt vertraglicher Rüstungskontrolle?**

Die Regierung Bush versucht, die Raketenverteidigung mit tiefen Einschnitten in die Nukleararsenale Russland schmackhaft zu machen. Das soll nicht in Form hergebrachter vertraglicher Rüstungskontrolle geschehen, sondern im Rahmen des „new strategic framework“ im Verhältnis zu Russland eher in Form paralleler unilateraler Schritte, wobei der Ansatz der neuen US-Regierung auch im Sommer 2001 noch nicht deutlich zu erkennen war.<sup>27</sup> Einseitige Schritte wären jedoch vielleicht dem Widerstand von Teilen des Kongresses und des Pentagons ausgesetzt. Auf jeden Fall müsste Präsident Bush den Kongress dazu bewegen, jene gesetzliche Regelung aufzuheben, mit der dieser der Clinton-Regierung eine einseitige Reduzierung unter die in START I festgelegten Grenzen untersagt hatte.

Doch auch Konservative dürften dazu bereit sein, wenn gleichzeitig de jure und de facto die Rekonstitutionsfähigkeit der Nuklearstreitkräfte im Fall einer sich verändernden internationalen Konstellation bewahrt würde, wie dies in dem im Januar 2001 erschienenen Expertenbericht „Rationale and Requirements for U.S. Nuclear Forces and Arms Control“ vorgezeichnet wurde.<sup>28</sup> Dieser vom National Institute for Public Policy herausgegebene Bericht gilt nicht nur wegen seiner Autoren – einige sind inzwischen in der Regierung Bush tätig – und seiner Stoßrichtung als Leitfaden für den „strategic review“. Traditionelle vertragliche Rüstungskontrolle, die die wechselseitige Vernichtungsfähigkeit verewige, stehe – so das grundlegende Argument dieser Studie – nicht nur einer Verbesserung der politischen Beziehungen zu Russland entgegen, sie führe auch zu einer Selbstbindung der USA in einer Situation, in der die künftige strategische Umwelt schwer vorherzusagen sei und die USA großer Flexibilität und Anpassungsfähigkeit bedürfen. Empfohlen wurden ein Übergang zu unilateralen Schritten, eine Reduzierung der stationierten Nuklearwaffen vorbehaltlich der Ergebnisse einer umfassenden Strategieüberprüfung, Veränderungen bei den Vorkehrungen für Nuklearwaffen, insbesondere eine Verringerung des Bereitschaftsgrades, und Schritte zur Erhöhung der Transparenz und wechselseitigen Vorhersehbarkeit in der Nuklearwaffen- und Raketenabwehrpolitik.

Eine drastische Verringerung in Richtung der von Russland für START III angestrebten Höchstgrenze von 1500 Nukleargefechtsköpfen oder gar darunter würde eine Veränderung der geltenden Nukleardoktrin erfordern, wie sie in einer Direktive von Präsident Clinton aus dem Jahre 1997 enthalten ist und die Möglichkeit in Betracht zieht, dass in Russland wieder ein feindlich gesonnenes Regime an die Macht kommt. Eine Abkehr von dem noch immer vom Denken des Kalten Krieges geprägten nuclear posture, also insbesondere ein de-alerting der Nuklearwaffen, wäre ein wichtiger Schritt, der die weitere Abrüstung erleichtern könnte. Präsident Bush will im Grunde die nukleare Abschreckung im Verhältnis zu Russland

---

25 Vgl. Amy Goldstein, Alan Sipress: ABM Withdrawal Likely, But Not Set, Bush Says. In: The Washington Post, 24.8.2001, S. A01

26 Vgl. Bruce Ackerman: Treaties Don't Belong to the President Alone. In: The New York Times on the Web, 29.8.2001

27 Vgl. die Stellungnahme von Under Secretary of State John Bolton vor dem Senate Foreign Relations Committee am 27.7.2001 <<http://usinfo.state.gov/cgi-bin/w.../products/washfile/newsitem.shtml>>

28 Rationale and Requirement for U.S. Nuclear Forces and Arms Control. Hg. vom National Institute for Public Policy. Volume I: Executive Report. Fairfax, VA, January 2001

überwinden, doch dies hängt von der kooperativen Gestaltung der Raketenverteidigung ab – aber nicht nur davon.

### **Die zweite Runde der NATO-Erweiterung**

Nicht minder problematisch für die weitere Entwicklung der amerikanisch-russischen Beziehungen ist die zweite Runde der NATO-Erweiterung. Die Frage der Aufnahme baltischer Staaten steht an. Russische Sicherheitssensibilitäten sind daher weit stärker berührt als in der ersten Runde. Es ist daher keine leichte Aufgabe für die Regierung Bush, ihre Position zu bestimmen.

In den USA kann kein Beitrittsaspirant auf so viel innenpolitische Unterstützung zählen, wie sie Polen hatte. Ungarn und die Tschechische Republik führen dabei im Kielwasser Polens. Schließlich wird es schwierig sein, eine überzeugende strategische Begründung für die Auswahl des einen oder mehrerer Aspiranten zu finden. Natürlich könnte die NATO überhaupt keine neue Einladung aussprechen. Das birgt jedoch die Gefahr, dass sie ihre Glaubwürdigkeit gefährde. Sie könnte jedoch erklären, auf einem künftigen Gipfel, vielleicht im Jahre 2005, Einladungen auszusprechen. Ansonsten reichen die in den USA diskutierten Optionen vom „Big Bang“, der Aufnahme aller neun interessierten Staaten, bis zur Aufnahme nur eines Landes, wobei meist an Slowenien gedacht wird. Dazwischen liegt die Möglichkeit zwei (Slowenien und die Slowakische Republik) aufzunehmen, ergänzt eventuell um ein drittes Land. Wenn zumindest ein baltischer Staat aufgenommen werden sollte, dann ist meist von Litauen die Rede, da es mit Polen an ein NATO-Land angrenzt und die russische Minderheit im Vergleich zu den anderen baltischen Staaten zahlenmäßig gering ist.<sup>29</sup> Die weitere Öffnung der NATO könnte für Russland vielleicht weniger problematisch werden, wenn die NATO die Mitgliedschaft der baltischen Staaten vom Schutz der russischen Minderheit abhängig macht, sich verpflichtet, keine nichtnationalen Streitkräfte auf dem Gebiet der neuen Mitgliedsstaaten zu stationieren und die Perspektive erneut bekräftigt, dass die russische Mitgliedschaft in der NATO möglich sei. Das zumindest waren die von Richard Haass, dem neuen Direktor des Planungsstabes im amerikanischen Außenministerium, vor seinem Amtsantritt in die Debatte eingebrachten Überlegungen.<sup>30</sup>

Während der Nominierungsanhörung erklärte Colin Powell, dass die USA die russischen Einwände gegen eine Aufnahme der baltischen Staaten nicht fürchten sollten: „We have to do what’s right for those nations.“<sup>31</sup> Diese Aussage dürfte vor allem an den Flügel um Senator Jesse Helms adressiert gewesen sein, der die NATO-Erweiterung im Sinne einer vorbeugenden Eindämmung Russlands versteht und jetzt die Aufnahme der baltischen Staaten fordert.<sup>32</sup> Doch über das grundsätzliche Bekenntnis zur weiteren Öffnung der NATO hinaus war anfänglich wenig zu erkennen. Die Äußerungen von Verteidigungsminister Rumsfeld spiegelten die traditionelle Linie des Pentagons wider, dass die Erweiterung der NATO daran zu messen sei, ob sie die Sicherheit der USA und des Bündnisses stärke und im Zuge der

---

29 Vgl. Robert E. Hunter: NATO Enlargement. Decisions for the New President. In: Frank Carlucci, Robert Hunter, Zalmay Khalilzad (Hg.): Taking Charge. A Bipartisan Report to the President Elect on Foreign Policy and National Security – Discussion Papers. Santa Monica 2000 (MR-1306/1-RC), S. 28–37. Jeffrey Simon: The Next Round of NATO Enlargement. Washington: Institute for National Strategic Studies. National Defense University, Strategic Forum No. 176, October 2000

30 Richard N. Haass: Foreign Policy in the Age of Primacy. In: The Brookings Review, 18, Herbst 2000, S. 2–7

31 Zitiert nach Jane Perlez: Confirmation Hearing Proves Easy for Powell. In: The New York Times on the Web, 18.1.2001

32 Vgl. Jesse Helms: Towards a Compassionate Conservative Foreign Policy. Rede auf einer Veranstaltung des American Enterprise Institute, 11.1.2001 <<http://usinfo.state.gov>>

Öffnung die Fähigkeit zum kollektiven Handeln bewahrt werde<sup>33</sup> Im Sommer 2001 wurde jedoch klar, daß die Regierung Bush die „Null-Option“, also den Verzicht auf die Aufnahme weiterer Mitglieder beim NATO-Gipfeltreffen in Prag im folgenden Jahr, nicht akzeptieren wird.<sup>34</sup>

Aus Gründen der amerikanischen Innenpolitik wird es vermutlich nicht ohne Berücksichtigung zumindest eines der baltischen Staaten gehen. Es ist kaum vorstellbar, dass Präsident Bush sein politisches Kapital im Senat für die notwendige Zweidrittelmehrheit zugunsten etwa der Aufnahme Sloweniens oder der Slowakischen Republik einsetzen wird, wenn keiner der baltischen Staaten berücksichtigt wird, die in den USA aufgrund ihrer Geschichte besondere Sympathie genießen.<sup>35</sup>

Der Verzicht auf eine „baltische Dimension“ würde in der amerikanischen Diskussion als Anerkennung einer besonderen russischen Einflusssphäre gewertet werden. Das gilt sicher für jene, die die NATO-Erweiterung im Sinne einer vorbeugenden Eindämmung Russlands sehen. Das gilt vermutlich auch für manche, die die NATO-Erweiterung eher im Sinne der Stabilitätsförderung sehen. Die baltische Frage wird bereits zum „Lackmustest“ für eine prinzipienorientierte Politik stilisiert.<sup>36</sup> Umgekehrt werden jene, die am Bestand der NATO vor allem als kollektivem Verteidigungssystem interessiert sind, in der Aufnahme der baltischen Staaten eine Aushöhlung des Bündnisses sehen. Denn aus dieser Sicht sollten nur Staaten aufgenommen werden, die glaubwürdigerweise verteidigt werden können und die selbst einen der Allianz nützenden militärischen Beitrag leisten können. Auch die zweite Runde der NATO-Erweiterung wird in den USA zu heftigen Debatten führen.

### **Neue Arbeitsteilung im Bündnis?**

Von der neuen, auf Krisenmanagement und Friedensdurchsetzung hin orientierten NATO, so ist gerade von konservativer Seite in den USA zu hören, würden vor allem die Europäer profitieren, nicht aber die USA, die von den Konflikten in Europa kaum berührt seien, dafür aber ihre an anderen Stellen – vor allem am Persischen Golf und in Ostasien – dringender gebrauchten militärischen Fähigkeiten gefährdeten.<sup>37</sup> Die Wahlkampfforderung von Bush nach einer „neuen Arbeitsteilung“ im Bündnis spiegelte diese Stimmung wider. Sie ist der konzeptionelle Kerngedanke hinter der Idee, die USA sollten ihre Rolle im Kosovo reduzieren. Nach den negativen Reaktionen unter den Verbündeten wurde dieses Thema jedoch nur mehr in sehr vorsichtig formulierter Form angesprochen; die neue Regierung war bemüht, sich als verlässlicher Bündnispartner darzustellen. Eine Reduzierung des Balkanengagements käme – so George W. Bush – nur nach sorgfältiger Überprüfung und

---

33 Vgl. U.S. Department of State: International Information Programs. Washington File, 12.1.2001 <<http://usinfo.state.gov>>

34 So die Aussage von Außenminister Powell am 20. Juni 2001 vor dem Senate Foreign Relations Committee, zitiert nach: Andrew F. Tully: NATO: U.S. Expects Expansion Next Year. Radio Free Europe/Radio Liberty, 21.6.2001 <<http://www.rferl.org/nca/features/2001/06/21062001123532.asp>>

35 Vgl. die gute Analyse von Frederick Kempe: Like It Or Not, NATO's Expansion Debate Is Back. In: Wall Street Journal Europe, 21.2.2001

36 Vgl. Ronald D. Asmus: The State of the North Atlantic Alliance. Stellungnahme vor dem Subcommittee on European Affairs. Senate Foreign Relations Committee, 27.2.2001 <[http://www.senate.gov/~foreign/testimony/wt\\_asmus\\_010228.txt](http://www.senate.gov/~foreign/testimony/wt_asmus_010228.txt)>

37 Vgl. John C. Hulsman: A Grand Bargain With Europe. Preserving NATO for the 21st Century. Washington, The Heritage Foundation Backgrounder, No. 1360, 17.4.2000. Kim R. Holmes: The United States and Europe in the 21<sup>st</sup> Century: Partners or Competitors? Washington, The Heritage Foundation, 20.3.2000 (= Heritage Lectures, No. 657)

nach Konsultationen mit den Verbündeten in Betracht.<sup>38</sup> Beim ersten offiziellen Besuch von Außenminister Powell bei der NATO Ende Februar 2001 hieß es dann zur Erleichterung der Verbündeten: „The simple proposition is we went in together. We will come out together.“<sup>39</sup>

Die NATO als Säule der amerikanisch-europäischen Beziehungen ist, so Außenminister Powell, „sakrosankt“.<sup>40</sup> In diesem Denkraum sind keine schnellen Veränderungen, keine Umbrüche in der amerikanischen Europapolitik zu erwarten. Das gilt ebenso für die ambivalente Haltung gegenüber der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die das Risiko in sich birgt, Ressourcen von der NATO abzuleiten und so die Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung zu schwächen.<sup>41</sup> Die erklärte Unterstützung eines militärisch stärkeren Europa ist daran geknüpft, dass dies die NATO stärkt. Die Regierung Bush teilt die von der Clinton-Regierung am Ende ihrer Amtszeit noch einmal unmissverständlich geäußerten Bedenken.<sup>42</sup> Zugrunde liegt eine tief verwurzelte Sorge um den Primat und längerfristig auch den Bestand der NATO als institutionellem Garanten der traditionellen amerikanischen Führungsrolle in Fragen europäischer Sicherheit.

### **Wege aus der Sackgasse? Die Irak-Politik**

Die Militärschläge gegen den Irak im Februar 2001 waren weniger die Vorboten einer neuen als die militärisch konsequente Fortsetzung einer von der Clinton-Regierung übernommenen, politisch perspektivlosen, in die Sackgasse geratenen Politik.<sup>43</sup> Seit der Ausweisung der UN-Rüstungsinspektoren aus dem Irak im Herbst 1998 ist das Sanktionsregime der Kern der Eindämmungspolitik, flankiert durch die Militärschläge zur Durchsetzung der Flugverbotszonen – jenen „stillen Krieg“, den die USA mit Unterstützung Großbritanniens seit Dezember 1998 führen. Da seit Dezember 1999 keine Höchstgrenzen mehr für den Export irakischen Öls im Rahmen des „oil for food“-Programms bestehen, bleiben als Säule des Sanktionsregimes die Kontrollen über die Erlöse aus dem Öllexport und die Importe des Irak. Ein neues Rüstungsüberwachungsregime war nicht mehr durchzusetzen. Ohnehin war den USA mehr an der Bewahrung des unter Druck geratenden Sanktionsregimes als an der Durchsetzung neuer Rüstungsinspektionen an Ort und Stelle gelegen.

Nachdem der Irak wieder unbegrenzt Öl exportieren kann, hat er faktisch seinen Einfluss auf den Weltölmarkt wiedergewonnen; er wurde zum „Joker“ auf dem Ölmarkt.<sup>44</sup> Vor diesem Hintergrund zeichnete sich eine schier unaufhaltsame Erosion der Sanktionen ab, die – diese

---

38 Vgl. David R. Sands: Bush says he would consult allies on any troop pullouts. In: The Washington Times, 19.1.2001. Daniel Benjamin: Stay Put in the Balkans. In: The Washington Post, 27.12.2000, S. A23. Steven Erlanger, Michael R. Gordon: Allies Questioning Bush Stand. Say U.S. Kosovo Role is Crucial. In: The New York Times on the Web, 16.1.2001

39 Zitiert nach Alan Sipress: Powell Reassures NATO on Balkans Force. In: The Washington Post, 27.2.2001

40 Statement of Secretary of State-Designate Colin L. Powell: Prepared for the Confirmation Hearing of the U.S. Senate Committee on Foreign Relations, 17.1.2001 <<http://usinfo.state.gov>>

41 Vgl. U.S. Department of State, International Information Programs, Washington File, 12.1.2001. Vgl. auch die Rede von Verteidigungsminister Rumsfeld am 3.2.2001 auf der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik <<http://usinfo.state.gov>>

42 Vgl. Douglas Hamilton, Charles Aldinger: EU Force Could Spell NATO's End, Cohen Says. In: The Washington Post, 6.12.2000, S. A28

43 Zur Entwicklung der Irakpolitik vgl. Kenneth I. Juster: Iraq. An American Perspective. In: Richard N. Haass (Hg.): Transatlantic Tensions: The United States, Europe, and Problem Countries. Washington, D.C. 1999, S. 102–123

44 Vgl. Richard Beeston, Damian Whitworth: Saddam May Hold The Key To West's Prosperity. In: Times (London), 18.1.2001. Neela Banerjee: OPEC Ratifies Oil Cutback. Iraq Remains a Puzzle. In: The New York Times on the Web, 18.1.2001

Aussage des französischen Außenministers Védrine spiegelt die international weit verbreitete Sicht wider – „grausam, wirkungslos und ungerecht“ seien.<sup>45</sup>

Angesichts bröckelnder Unterstützung für die Sanktionen und geringer Erfolgsaussichten für einen Umsturz bleibt im Grunde keine Alternative zu der von Außenminister Powell favorisierten eher „minimalen“, auf Eindämmung durch Kontrolle über militärisch nutzbare Technologien und Kontrolle über die Erlöse aus dem Ölexport setzenden Strategie. Unter den „Falken“ im Kongress und im Pentagon hat Powells Vorhaben heftige Kritik hervorgerufen, nicht zuletzt, weil Zweifel daran bestehen, dass Sanktionen das irakische Regime an der Herstellung von Massenvernichtungswaffen hindern können.<sup>46</sup> Noch hat der von den USA und Großbritannien eingebrachte Vorschlag zur Neuausrichtung der Sanktionen nicht die Zustimmung des UN-Sicherheitsrates gefunden.

Den Ölschmuggel zu reduzieren und die Nutzung der daraus gewonnenen Mittel für den Kauf von Waffen und Rüstungstechnologie zu verhindern, sind keine leichte Aufgaben. Sie erfordern die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Ein erster Teilerfolg wäre es, wenn Syrien seine beim Besuch von Außenminister Powell im Februar 2001 gemachte Zusage einhielte, die Erlöse aus dem über eine im November 2000 wiedereröffnete Pipeline nach Syrien geleiteten Öl der Kontrolle der Vereinten Nationen zu unterstellen. Nicht nur über den Schmuggel fließen dem Regime Gelder zu, sondern auch über eine „Extragebühr“, die der Irak beim erlaubten Export von Öl verlangt und die zweifelhafte Zwischenhändler auch zahlen. Eine andere Geldquelle für das Regime sind Preis- und Zahlungsmanipulationen im Rahmen der offiziell erlaubten Importe.

Kontrovers innerhalb der Regierung Bush ist die militärische Unterstützung der irakischen Opposition. Der Kongress hatte im Oktober 1998 den Iraq Liberation Act verabschiedet, der 97 Millionen US-Dollar für die Unterstützung der irakischen Opposition vorsah. Die Clinton-Regierung war zögernd auf die vom Kongress vorgegebene Linie eingeschwenkt. Doch faktisch war auch in der Folge die auf Regimesturz zielende Politik mehr Rhetorik als Realität. Jetzt erhofft sich die irakische Opposition von der neuen Regierung Unterstützung für ihre ambitionierten militärischen Pläne, zumal mit Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz ausgesprochene Befürworter einer Regimesturzstrategie in Schaltstellen einrückten. Aber das State Department unter Außenminister Powell fürchtet, dass selbst geringe militärische Hilfe für den zerstrittenen und ineffektiven Iraqi National Congress nur der Beginn einer kostspieligen Verwicklung mit ungewissem Ausgang wäre, und will die Unterstützung im Wesentlichen auf Nachrichtenbeschaffung und Propaganda beschränken.<sup>47</sup> Die begrenzte Unterstützung für die Opposition wird jedoch weiter Teil der amerikanischen Politik sein, vor allem, weil der Kongress dies fordert.<sup>48</sup>

Auch wird die Frage zu klären sein, ob der „stille Krieg“, dessen strategische Begründung ohnehin unklar ist, fortgesetzt werden soll. Militärische und politische Argumente sprechen für eine Abkehr von der bisherigen Politik nahezu täglicher Einsätze. Sie bringen für die amerikanischen Streitkräfte eine große Belastung mit sich, der militärische Nutzen ist gering, das Risiko für amerikanische und britische Piloten gewachsen.<sup>49</sup> Denn der Irak hat seine Luftverteidigungsfähigkeiten verbessern können. Mit den Angriffen Mitte Februar 2001, die

---

45 Vgl. Andrew Borowiec: European nations heighten call for end to Iraq sanctions. In: The Washington Times, 18.1.2001

46 Vgl. Ben Barber: Powell Defends Sanctions Policy. In: The Washington Times, 7.3.2001, S. 1. Jane Perlez: Capitol Hawks Seek Tougher Line on Iraq. In: The New York Times on the Web, 7.3.2001

47 Vgl. Robin Wright: Bush's Foreign Policy Team is Split on How to Handle Hussein. In: Los Angeles Times, 14.2.2001

48 Vgl. Robin Wright: Hapless Hussein Opposition Has U.S. Looking Elsewhere. In: Los Angeles Times, 19.3.2001, S. 1

49 Vgl. John Diamond: U.S. Rethinks Patrols of Iraq No-Fly Zones. In: Chicago Tribune, 10.3.2001

über das im „stillen Krieg“ ansonsten übliche Maß hinausgingen und sich gegen Ziele außerhalb der Flugverbotszonen richteten, sollte die Luftverteidigung an entscheidenden Stellen getroffen, der kurz vor dem Abschluss stehende Aufbau eines integrierten Kommando- und Kontrollsystems verhindert werden.<sup>50</sup>

Die absehbare Abkehr von der reaktiven Politik militärischer „Nadelstiche“ bedeutet jedoch nicht den Verzicht auf militärische Optionen. Im Gegenteil: Die Konzentration der Sanktionen auf ihren Kern und die Reduzierung der Patrouillenflüge gehen einher mit der Drohung massiver Militärschläge, wenn der Irak das Verbot von Massenvernichtungswaffen missachtet.<sup>51</sup>

### **Kontinuität und Innovation?**

Mit der Betonung ihres „Realismus“ und einer härteren rhetorischen Gangart setzte sich die Regierung Bush zunächst einmal von Clintons Außenpolitik ab. Das richtete sich auch an die Adresse des ausgesprochen konservativen Teils der Republikanischen Partei, der reichlich mit Positionen bedacht und so in die Verantwortung eingebunden wird. Anders als ein Demokrat im Weißen Haus muss Bush die Kritik aus diesen Reihen nicht fürchten, in Verteidigungsfragen schwach und gegenüber „Schurkenstaaten“ nachgiebig zu sein. Zudem muss er wegen der äußerst knappen republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus und der neuen demokratischen Mehrheit im Senat auf die Forderungen moderater Demokraten Rücksicht nehmen.

Es wäre daher gar nicht so überraschend, wenn sich auch unter Bush zwei alte Erfahrungen bestätigen sollten: dass neue Regierungen nach einiger Zeit oft an die zunächst kritisierte alte Politik anknüpfen und dass republikanische Präsidenten einen größeren innenpolitischen Spielraum für strittige innovative Initiativen haben. Die Verbündeten sollten beharrlich darauf drängen, dass Präsident Bush diesen Spielraum in der Sicherheitspolitik auch nutzt.

Dr. Peter Rudolf

Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin

---

50 Vgl. James Dao, Steven Lee Myers: U.S. and British Jets Strike Air-Defense Centers in Iraq. In: The New York Times on the Web, 17.2.2001. Greg Jaffe, Neil King: Chinese Officials Aided Iraq. With Its Air-Defense Systems. In: Wall Street Journal, 20.2.2001

51 Zitiert nach: John Diamond: U.S. Rethinks Patrols of Iraq No-Fly Zones.